

Das Unsagbare als Standard

Meinungsfreiheit: „Tolerant und wehrhaft“, FR-Meinung vom 25.10.

Markus Decker weist darauf hin, dass mit Hilfe des toxischen Codeworts „politische Korrektheit“ von Seiten der Rechten der Eindruck hervorgerufen werden soll, dass die Meinungsfreiheit hierzulande in Gefahr ist. Unabhängig davon, dass „political correctness“ schon allein deshalb notwendig ist, weil sie die ungeschriebenen Regeln des Austauschs von Diskussionsbeiträgen zwischen Demokraten festlegt, soll sie auch davor bewahren, dass Hass, Hetze und Fäkalsprache, die in der Regel von rechts benutzt wird, in den politischen Debatten zur fragwürdigen Umgangssprache werden und das Unsagbare zum Standard wird. Doch die Meinungsfreiheit ist bedroht von rechts, weil inzwischen in dieser Gesellschaft von rechten Gewalttätern gegen Demokraten agiert wird und dies zur Gewohnheit zu werden droht.

Ich bin heute froh, dass ich während meiner politischen Sozialisation Ende der 60er Jahre eine politische Grundbildung genossen haben, in der die Maxime galt, dass Freiheit und Demokratie für die Feinde von Freiheit und Demokratie keine Geltung haben können. Das heißt selbstverständlich Toleranz auf der einen Seite und andererseits Wehrhaftigkeit der Demokraten. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Minderheitenfeindlichkeit und rechte Gewalt an der Tagesordnung sind. Deshalb ist die Intoleranz gegenüber den Feinden der Toleranz eine Tugend, mit der man Demokratie schützen muss. Das wurde noch nie so deutlich wie in den vergangenen Jahren, in denen rechter Mob und Antisemitismus wie jetzt in Halle wieder ihr hässliches Gesicht zeigen. Manfred Kirsch, Neuwied

Treibstoff zur Wiederwahl

Friedensnobelpreis: „Ehre der Realität“, FR-Meinung vom 12. Oktober

Das Nobelpreiskomitee hat mit dem äthiopischen Präsidenten Aby Ahmed eine gute Wahl getroffen. Er hat zur Versöhnung beigetragen am Horn von Afrika. Aber wer stand noch zur Wahl? Vielleicht Greta Thunberg? Als die ersten Gesprächsrunden zwischen Nordkorea und den USA begannen, wurde auch mit einem Blick, – der daran Beteiligten – auf den Nobelpreis geschleift. Das wäre der Treibstoff für die Kampagne zur Wiederwahl Trumps gewesen. Es ist gut, dass die Region am Horn von Afrika ausgezeichnet wurde, eine arme Region mit Kriegen. Dagegen stand Nordkorea und ein Milliardenar im Weißen Haus, der auf den Nobelpreis schielte, als ob er nicht schon vermögend und mächtig genug ist. Die Gespräche wie mit Kim Jong Un wurden einzig dazu benutzt, sich persönliche Vorteile zu verschaffen wie die Wiederwahl. Stefan Vollmershausen, Dreieich

Mein 1968: Das Streben nach Revolution und ihre rabiate Unterdrückung

Die Studentenbewegung und mein Vorbehalt

Vier Jahre, bevor die Straßenkämpfe der wilden APO-Jahre einsetzten, war ich, im Sommer 1964, aus dem Zuchthaus Waldheim in Sachsen entlassen worden und zum Sommersemester 1965 nach Mainz zurückgekehrt, um mein Studium fortzusetzen. Ich war im Spätsommer 1961 auf der Leipziger Buchmesse als westdeutscher Student aus Mainz verhaftet und wegen „staatsgefährdender Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verhaftet worden. Nach meinen ernüchternden Erfahrungen mit dem „realen Kommunismus“ in Waldheim war ich für politische Heilsbotschaften unempfindlich geworden und konnte die Studentenbewegung nicht ernst nehmen. Da gab es im SDS junge Genossen aus der rheinpfälzischen Provinz, die in ihrem Leben nicht weiter als bis zur Landeshauptstadt Mainz gekommen waren, wo sie mit Marx- und Engels-Zitaten um sich warfen und die Weltrevolution anstrebten. Wenn wir am Sonntagmorgen durch die Arbeiterviertel zogen und Bertolt Brechts „Lied von der Einheitsfront“ sangen oder biedere Weinbauern in den Rheindörfern von der sozialistischen Zukunft überzeugen wollten, hatte ich ein flaves Gefühl im Magen. Alle meine Erfahrungen sprachen gegen dieses wirklichkeitsfremde Polittheater. Eines Sommerabends besetzte eine Handvoll mutiger Genossen über den Bühneneingang das Mainzer Theater, wo gerade eine Operette aufgeführt wurde, und erteil-

ten dem Publikum eine Lektion über Vietnam, wo gerade ein amerikanischer Vernichtungskrieg tobte. Das war sicher alles richtig, nur die Leute wollten es nicht hören. Ich bin dann im Herbst 1972 an die Indiana University in den Vereinigten Staaten gegangen und habe danach meine Dissertation über Anna Seghers geschrieben.

Jörg Bernhard Bilke, Coburg



50 Jahre '68

FR.de/die68er

Kritik sollte zulässig sein, dachte ich naiverweise

Gruselige, angsteinflößende Polizeiaktionen gab es auch schon Jahre zuvor. Ich betone das, damit jetzt nicht Konservative kommen und die Achtundsechziger als Auslöser dafür vorgeschoben werden. Ich werde nie vergessen wie ich 1965/66 eine Wahlveranstaltung von Ludwig

Ehrhard auf dem Römerberg besuchte. Ich störte mich an seinen damals sehr diskutierten frühen Äußerungen zu Wirtschaftsfragen im Nationalsozialismus und natürlich an der Aufnahme belasteter Nazifunktionäre in hohe Regierungsämter (Globke, Vialon und andere). Eigentlich sollte Kritik daran ja zulässig sein, dachte ich naiverweise.

Da ich zu spät kam und meine Gewerkschaftsfreunde verpasst hatte, stand ich allein in einer großen Menge begeisterter CDU-Anhänger; ich trug ein zeitungsgroßes Pappschild mit meinen Vorstellungen an einer Holzlatte. Nach vielleicht 15 Minuten wurde ich von einer Gruppe von zehn „Ordnungskräften“ aufgegriffen und aus der Menge rausgedrängt: acht Polizisten in Uniform und zwei in Zivil. Zehn Mann brauchte es wohl, um mich schwächtigen Typ zur Raison zu bringen. Nur zur Klarstellung: Ich wehrte mich nicht gegen die zehn. So blöd war ich nicht.

MEIN 1968

In der Serie „Mein 1968“ erzählen FR-Leserinnen und -Leser, wie sie den Umbruch erlebt haben. Möchten Sie einen Beitrag beisteuern?

Post an: Frankfurter Rundschau, Bronski, 60266, Frankfurt/Main. Mail: bronski@fr.de

Jörg Bernhard Bilke, geboren 1937 in Berlin-Moabit. 1977 Dokortitel. Hat als Redakteur u.a. für die „Welt“ und die Bundeszentrale für politische Bildung gearbeitet. Bis 2000 Chefredakteur der „Kulturpolitischen Korrespon-

denz“ in der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat. Träger des Bundesverdienstkreuzes. Verheiratet.

Manfred Stibaner, geboren 1943 in Frankfurt. 1962 Abschluss des Studiums an der Frankfurter Ingenieurschule. Verheiratet, zwei Töchter.

Im FR-Blog sind alle Texte der Serie „Mein 1968“ zu lesen. Der heutige findet sich unter frblog.de/1968-bilke und frblog.de/1968-stibaner. Einführung: frblog.de/1968.

Als Erstes zerriss einer der Polizisten das Pappschild (vielleicht um zu dokumentieren, wie schwierig es war, meiner Herr zu werden). Dann schob sich unser Trupp langsam aus dem Gedränge der Versammlung heraus. Dabei standen natürlich ständig Veranstaltungsbesucher im Weg – einer wich nicht rechtzeitig aus, und der eine Zivilpolizist links von mir griff an seine Pistole und brüllte den an „Du Hund ich schieß Dich um“. So was bleibt ein Leben lang haften – im Wortlaut. Unser Trupp schob sich vom Römerberg runter in Richtung Paulskirche. Dort konnte ein Mann uns nicht ausweichen weil hinter ihm ein Fahrrad an ein Straßenschild angekettet war. War aber kein Problem: Der andere Zivilpolizist verschaffte uns Luft, indem er diesem Mann mit der Faust mitten ins Gesicht schlug. Vielleicht befürchtete er eine Gefangenenbefreiung ... Der weitere Gang zur Polizeidienststelle hinterm Rathaus verlief dagegen ruhig und unspektakulär, weniger schlimm als Martin Wentz es erlebte. Beim späteren Verhör im Polizeipräsidium kamen natürlich auch meine Ostkontakte zutage; ich hatte Angehörige in der „Zone“ besucht. In der Ecke des Verhörzimmers: die zerrissene Pappe als Beweisstück meines Frevels. Nebenbei – die Anzeige gegen mich wurde irgendwann zurückgezogen, aber spätestes hier nahm meine Akte beim Verfassungsschutz an Volumen zu. Für einen jungen Kerl, der gerade seine ersten demokratischen Gehversuche machte, war das eine prägende Erfahrung. Manfred Stibaner, Dreieich

Zwielichtige Entscheidung

Zu: „Pikanter Prozess gegen kurdisches Folteropfer“, FR-Politik vom 25.10.

Wie es scheint, ist bei dieser Anklageerhebung wegen Terrorismus des Berliner Kammergerichts die Voraussetzung („Achtung der Menschenwürde“) des verfolgenden Staates, ausgerechnet der Türkei, doch wohl unbestreitbar nicht gegeben. Wenn ich mich richtig an meinen Sozialkundeunterricht vor fünfundfünfzig Jahren erinnere, ist in dieser unserer Demokratie die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative die Grundlage des Funktionierens.

Die Entscheidung des Gerichts, die Klage zuzulassen, wundert mich in keinster Weise, denn es gibt unendlich viele zwielichtige Entscheidungen von Behörden, Institutionen und vor allem aus der Politik, die mich an unserer Rechtssicherheit zweifeln lassen; von Gerechtigkeit gar nicht zu reden. Hier nur eine kleine Aufzählung aus jüngerer Vergangenheit in Stichworten: Frankfurter Polizeiwache als Nazinest, Berliner Richter bestrafen übelste Beleidigungen gegen grüne Politikerin nicht, Kraftfahrtbundesamt, Dobrindt und der Diesel, Bouffier und NSU, Al-Wazir und lächerliche Lärmobergrenzen, Glyphosat, Le-

bensmittelampel und Gülleverordnung, Merkel „schafft das“ 2016, die katholische Kirche und die Strafverfolgung der Kinderschänder unter Beihilfe unserer Justiz, die Entscheidungen der Groko zur Erreichung der Klimaziele, Scheuer und die Maut. Ganz ehrlich. Würden Sie von all denen einen Gebrauchtwagen kaufen?

Ich traue allen öffentlichen Institutionen, Ämtern, Behörden und Politikern nur bis zu einer bestimmten Stufe: Der Pfortner bei der Stadtverwaltung unseres schönen Neu-Isenburg verrät mir die Uhrzeit – aber nur, wenn ich eine Funkarmbanduhr am Handgelenk habe!

AKK ist den Anforderungen, die das Amt des Bundeskanzlers stellt, nicht gewachsen. Sie macht mit zunehmender Beschleunigung Seppuku auf Raten und schafft das bei gleichbleibendem Einsatz rechtzeitig bis zum Beginn der diesjährigen Faschnachtsaison. Zur Freude der Götter spielt der Teufel Schalmei und „Blackrock“ wird unser nächster Bundeskanzler. Wir alle leben dann in Gotham-Country. Happy new years ... Alfred Bein, Neu-Isenburg

Im Osten ist es immer früher

Zur Zeitumstellung am vergangenen Sonntag

In der Schule hat man einmal gehört, dass sich beim täglichen Sonnenumlauf von 360 Grad um die Erde in 24 Stunden zwangsweise die Uhr alle 15 Grad der Längengrade, Meridiane genannt, um eine Stunde stellt. Da die Sonne im Osten aufgeht, ist es dort also immer früher. In West-Richtung, wo die Sonne später aufgeht, wird die Uhr zurückgestellt, ist es also früher.

Jahrzehntelang hatte man keinerlei Probleme, die Zeit entsprechend zu stellen, bis die EU den Einfall hatte, wegen einer angeblichen Stromersparnis die Sommerzeit einzuführen und im Frühling die Uhr eine Stunde vorzustellen, um die Abende länger zu gestalten, aber der Natur in die Hände zu pfuschen. Mit der vermeintlichen Sommerzeit ist der Sonnenumlauf nicht korrekt.

Mit dem Argument, man habe nun Probleme, den korrekten astronomischen Zeitzustand wieder herzustellen, beweist die EU lediglich wieder einmal, welche mangelnde Bewegungsfähigkeit die dortige Verwaltung und die Eurokraten haben. Diejenigen, die der Meinung sind, mit einer Zeitumstellung in einigen Ländern einen späteren Sonnenauf- oder -untergang stattfinden lassen zu müssen, müssen sich fragen las-

sen, was diese Länder vor der Uhrumstellung getan haben; dort bestand ein solches Problem nicht. Die Länge eines Tages hat nicht die Zeitverschiebung durch den Menschen zur Ursache, sondern eine Tageslänge hängt von der Jahreszeit, vom Stand der Sonne über einem Breitengrad, nördlicher oder südlicher Breite ab.

Die Kritik an der Zeitumstellung ist daher durchaus berechtigt, und der Nutzen darf infrage gestellt werden. Diejenigen, die der Meinung sind, die langen Sommerabende seien ihrer Laune und ihrem Wohlbehagen zuträglich, sollten sich im Klaren darüber sein, dass sie sich einem erheblichen Teil von Morgenmenschen gegenübersehen. Ebenso muss man berücksichtigen, dass es für Kinder und junge Menschen recht schwer ist, bei abendlicher Hitze und zu langem Sonnenlicht den benötigten Einschlafpunkt zu finden und damit auf ihr Schlafpotenzial zu kommen. Der regelrechte Schlafentzug, den sich Kinder und Jugendlichen durch die zu langen Abende und durch die abendliche Hitze gegenüber sehen, wird sich langfristig durch Konzentrations- und Entwicklungsstörungen bemerkbar machen. Georg Dovermann, Bonn